

# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

## Niederschrift

über die 9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung am 07.04.2015 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Winand Jansen  
Herr Jörg Niendorf  
Herr René Haase  
Frau Annekathrin Loy ab 17:31 Uhr  
Herr Olaf Manthey  
Herr Hartmut Rex  
Herr Michael Wolny  
Herr Erich Ertl

#### Sachkundige Einwohner

Herr Christian Heller

### Entschuldigt fehlten:

Herr Detlev von der Heide  
Herr Dr. Roland Habich  
Herr Alexander Boldt

### Verwaltung:

Herr Detlef Gärtner, Beigeordneter und Leiter des Dezernats IV  
Herr Ralf Neumann, Kreisentwicklungsamt, Amtsleiter  
Frau Nicole Brettschneider, Bürgerberatungszentrum (BBZ), Sachbearbeiterin  
Herr Siegmund Trebschuh, Amt für Wirtschaftsförderung und Investitionsmanagement, Amtsleiter und Wirtschaftsförderungsbeauftragter  
Herr Erik Scheidler, Amt für Wirtschaftsförderung und Investitionsmanagement, Sachgebietsleiter  
Herr Norbert Jurtzik, Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde, Amtsleiter  
Frau Dr. Rita Mohr de Pérez, Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde, Sachgebietsleiterin  
Herr Hubert Grosenick, Straßenverkehrsamt, Amtsleiter  
Frau Marina Remus, Kreisentwicklungsamt, Schriftführerin

### Gäste:

Frau Bianca Moeller, LAG, Regionalmanagement  
Herr Stefan Seewald, Reg. Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:26 Uhr

### Tagesordnung:

## **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 03.03.2015
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 6 Regionale Energiekonzepte als strategisches Instrument der Landes- und Regionalplanung Vortrag: Herr Seewald, Reg. Planungsstelle
- 7 Förderung der ländlichen Entwicklung bis 2020 Vortrag: Frau Möller, LAG
- 8 Mitgliedschaft des Landkreises Teltow-Fläming in der Arbeitsgemeinschaft "Fahrradfreundliche Kommunen Brandenburg" 5-2347/15-IV
- 9 Beteiligung des Landkreises am EU-Projekt "EuroPeace" zur Entwicklung eines "Museums in der Natur" auf dem Gelände der ehemaligen Heeresversuchsstelle Kummersdorf 5-2351/15-III
- 10 Flughafen BER - aktuelle Informationen
- 11 Verschiedenes

## **Öffentlicher Teil**

### TOP 1

#### **Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung**

**Herr Jansen** begrüßt alle Abgeordneten und Mitarbeiter der Verwaltung zur 9. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung sehr herzlich.

Er bittet die Anwesenden um Einverständnis zum Tausch der TOP 6 und 7. Zuerst wird Frau Moeller ihre Präsentation zur „Förderung der ländlichen Entwicklung bis 2020“ vorstellen, anschließend referiert Herr Seewald von der Regionalen Planungsgemeinschaft zum Thema „Regionale Energiekonzepte als strategisches Instrument der Landes- und Regionalplanung“. Die Abgeordneten erklärten sich mit der Änderung einverstanden.

### TOP 2

#### **Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen gestellt.

### **TOP 3**

#### **Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 03.03.2015**

Die Niederschrift der Sitzung vom 03.03.2015 wurde in der vorliegenden Form bestätigt.

### **TOP 4**

#### **Mitteilungen der Verwaltung**

**Herr Gärtner** informiert zum LEP B-B (Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg), dass die Beschwerde der Nichtzulassung der Revision zurückgewiesen wurde. Damit ist der LEP B-B unwirksam. Die bislang geltenden Regelungen des von den durch den LEP B-B verdrängten Gesetzlichkeiten treten wieder in Kraft, insofern sie nicht ausdrücklich aufgehoben wurden.

### **TOP 5**

#### **Anfragen der Ausschussmitglieder**

**Herr Wolny** bezieht sich auf seine schriftliche Anfrage zum Ausbau bzw. Unterhaltungs- und Reparaturmaßnahmen an Landesstraßen, die sich in teilweise katastrophalem Zustand befinden. Er möchte wissen, ob der Kreisverwaltung eine Prioritätenliste bekannt ist, in der künftige Baumaßnahmen enthalten sind.

**Herr Jansen** äußert, dass seine Anfrage in der Mai-Sitzung zur Tagesordnung gestellt wird.

**Herr Gärtner** erklärt, wenn es um Maßnahmen an Landesstraßen geht, ist der Landesbetrieb Straßenwesen im Auftrag des Landes zuständig, diese Arbeiten vorzunehmen. Dazu erfolgt jährlich ein Beratungsgespräch bei der Landrätin. Hier werden Probleme, die von den Kommunen an die KV herangetragen werden, sowie bekannte Defizite Jahr für Jahr neu besprochen. Eine Prioritätenliste gibt es nicht, wäre jedoch wünschenswert.

**Herr Jansen:** Handlungsbedarf wäre erkennbar, wenn z. B. bei einer Reduzierung der Geschwindigkeit innerorts auf einer Landesstraße das Tempolimit 30 km/h festgesetzt wird. Er fragt, was unternommen wird, um das letztlich durchzusetzen. Wird eine Begrenzung angeordnet, weil sich in der Straße z. B. Schule oder Kindergarten befinden, ist das verständlich, bei einem schlechten Straßenzustand ist dem nachzugehen mit einer prioritären Entscheidung.

**Herr Wolny** verweist auf die Bedarfsliste für Radwege an Bundes- und Landesstraßen aus dem Jahr 2007. Dort wurden die Prioritäten anhand einer Nutzen-/Kosten-Analyse ermittelt. Obwohl seiner Meinung inzwischen mehr Gelder zur Verfügung stehen, hat der Kreis einen beachtlichen Nachholbedarf.

**Herr Gärtner:** Thema für uns ist, auf die Landesregierung in Fragen Umstufungen zuzugehen. Um das Straßenproblem im Land Brandenburg für die nächsten Jahre überhaupt zu lösen, sollte man in eine ehrliche Kommunikation miteinander treten. Letztlich ist das Problem, aus welchem Haushalt wird bezahlt. Hier ist seiner Meinung nach System gefordert.

Die überarbeitete Bedarfsliste der Radwege an Landes- und Bundesstraßen wird der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

**Herr Haase** erkundigt sich nach dem Baubeginn der OU Thyrow, weil er von Verzögerungen erfahren hat.

Verzögerungen seien ihm nicht bekannt, äußert **Herr Gärtner**. Nach Rücksprache mit Vertretern des MIL zum Thema B 101 ist der Spatenstich im II. Quartal, Ende Mai, vorgesehen.

Wenn der LEP B-B unwirksam ist, welche Auswirkungen hat das auf Maßnahmen wie Solarpark Sperenberg, Windpark Zossen, Wierachteiche, möchte **Herr Rex** wissen.

**Herr Jansen** äußert, diese Verfahren laufen getrennt ordnungsgemäß weiter.

**Herr Neumann** bemerkt, u. a. bei Bauleitplanungen ist die neue Rechtslage einzustellen. Vom MIL habe er die Information, dass die rückwirkende Inkraftsetzung bis zur Sommerpause beabsichtigt ist, so dass dann die bisherige Rechtslage wiederhergestellt sein müsste. Insofern müssen die Kommunen aufmerksam beobachten.

Auf Rückfrage von **Herrn Rex**, ob hier eventuell Investoren verprellt werden, wenn sie über ein Jahr hingehalten werden, antwortet **Herr Neumann**, dass er das nicht beurteilen könne.

Weiterhin bittet **Herr Rex** um Informationen zum derzeitigen Stand des Ausbaues der Dresdner Bahn, BVWP bis 2020 und zum Energieeinspeisungsgesetz.

Zum Punkt „Dresdner Bahn“ antwortet **Herr Gärtner**, wurde eine AG gegründet, in der die 4 betroffenen Gemeinden des Territoriums mitwirken. In der ersten Sitzung wird man sich mit dem Thema „Ausbau der Dresdner Bahn“ im Territorium befassen. Den betroffenen Gemeinden wird hier Gelegenheit gegeben, ihre momentanen Probleme vorzutragen. Zu dieser Sitzung wurde der Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn AG für das Land Brandenburg, Herr Dr. Trettin, eingeladen. An der Sitzung werden neben der Landrätin Fachbereiche des Hauses sowie Mitarbeiter der Deutschen Bahn AG teilnehmen.

Zum BVWP erklärt Herr Gärtner, wurde beim Petitionsausschuss des Landtages eine Petition des Kreistages eingereicht, da das Land Brandenburg die OU Trebbin im Zuge der B 246, also die Spange zwischen der B 101 und der B 246, nicht in die Anmelde-liste für die Fortschreibung des BVWP aufnehmen will. Diese Petition ist vom zuständigen Ministerium zurückgewiesen worden. Nun hat das Büro von Frau Wicklein angefragt, ob wir mit der vom Land Brandenburg an den Bund gemeldeten Liste zum BVWP einverstanden sind. Diese Gelegenheit habe Herr Gärtner genutzt, um die Bundestagsabgeordneten dieses Bereiches – Herr Müller, Frau Schimke, Frau Wicklein – schriftlich über den KT-Beschluss in Kenntnis zu setzen. Das wäre die letzte Chance, die Maßnahme im neuen BVWP zu berücksichtigen.

**Herr Jansen** bittet Herrn Gärtner um Klärung der Frage, ob im gemeinsamen Positionspapier der Landkreise Elbe-Elster, Nordsachsen, Wittenberg und Teltow-Fläming zur Unterstützung des Strategiepaketes des Städtebundes Elbe-Elsteraue die Dresdner Bahn und die B 246 mit aufgenommen worden sind.

**Herr Gärtner** antwortet, auf der Infrastrukturkonferenz im Bundeswehrstandort habe er mit Frau Reiche gesprochen, mit der Bitte, die Spange OU Trebbin in den BVWP mit aufzunehmen.

**Herr Jansen** bittet, die **Stellungnahme des Landkreises zum Ausbau der Dresdner Bahn für den Abschnitt Blankenfelde-Mahlow an die Niederschrift anzufügen. (Anlage 2)**

Zum Energieeinspeisungsgesetz, informiert **Herr Jansen**, hat der Kreistag auf Initiative dieses Ausschusses einen Beschluss gefasst. Die Antwort des Ministers wurde in der letzten Sitzung bekannt gegeben. Er äußert nochmals sein Unverständnis zu den getroffenen Aussagen.

**Herr Rex** bittet um Information zum Termin 26.03.2015 zur Radwegeplanung.

**Herr Jansen** äußert, zum Thema Radwegeplanung werde man sich in einer der nächsten Sitzungen auseinandersetzen.

**Herr Gärtner** führt aus, am 26.03.2015 wurde die AG „Radwege und Tourismus“ gegründet, zu der alle Kommunen des Landkreises eingeladen worden waren. Im Vorfeld wurden alle Gemeinden gebeten, sämtliche Planungen und Bestände zu Radwegen an das Kreisentwicklungsamt zu übermitteln, wo die Daten in einer Karte zusammengetragen wurden. Vor der Sommerpause ist das nächste Treffen vorgesehen.

Es wurde mit den Gemeinden vereinbart, dass die Kreisverwaltung im Vorfeld der nächsten Sitzung einen zur Prioritätensetzung einen Kriterienkatalog erarbeitet und den Gemeinden übergibt, der dann diskutiert werden wird.

Frau Loy erscheint zur Sitzung 17:31 Uhr.

## **TOP 7**

### **Förderung der ländlichen Entwicklung bis 2020 Vortrag: Frau Möller, LAG**

Zu Beginn ihres Vortrages weist Frau Möller darauf hin, dass sie keinen Anspruch auf Vollständigkeit ihrer Präsentation legen kann. Für Fragen steht sie zur Verfügung. Sie berichtet über die zukünftige ländliche Entwicklung der LEADER-Region rund um die Fläming-Skate. (Die Präsentation ist dem Bürgerinformationssystem zu entnehmen.)

**Herr Jansen** bedankt sich bei Frau Möller. Aus Zeitgründen könne man nicht ins Detail gehen bzw. einzelne Projekte durchgehen. Er erkundigt sich näher zu ihrer Aussage, dass im Bewilligungszeitraum 16,7 Mio. € zur Verfügung stehen, wovon 4,5 Mio € für den ausgelobten Stadt/Umland-Wettbewerb erfolgen. Er möchte wissen, welche Kommunen sich an dem Wettbewerb beteiligen?

**Frau Möller** antwortet, in der letzten Förderperiode gab es eine Initiative, aus der die AG „Niederer Fläming“ entstand. Es gab ein Sonderförderprogramm „kleine Städte und übergeordnete Zusammenarbeit“. Sie werden sich neu in der Kooperation für den Stadt/Umland-Wettbewerb bewerben und sind die Fortführung des Sonderförderprogramms aus der letzten Förderperiode. Neu als Kooperation schließen sich die Stadt Luckenwalde mit der Gemeinde Nuthe-Urstromtal und der Stadt Trebbin zusammen. Zwischen den Kommunen ist eine Kooperation zu schließen, das mindestens ein Mittelbereichszentrum enthält. Der regionale Wachstumskern ist Luckenwalde. Die AG „Niederer Fläming“ umfasst mit Jüterbog, Niederer Fläming und Dahme/M. eine Kooperation.

Frau Möller hat sehr umfassend die Förderrichtlinie dargelegt, womit man sich in den nächsten Jahren befassen wird. **Herr Jansen** schlägt vor, bei den Kommunen die Termine für die Fristen über die Medien bekanntzumachen, damit Vereine und Antragsteller rechtzeitig und gezielt darauf hinarbeiten können.

**Herr Ertel** möchte wissen, ob die finanziellen Mittel in der Vergangenheit zu 100% ausgeschöpft wurden oder Geld zurückgegeben wurde?

**Frau Möller** antwortet, dass der LEADER-Region früher kein Budget zur Verfügung stand. Was durch das Land Brandenburg zur Verfügung gestellt wurde, haben die förderfähigen Projekte ausgeschöpft. Inwiefern das Land Brandenburg Gelder zurückgegeben hat, ist nicht bekannt. Bekannt sei aber, dass die zum Ende des letzten Jahres bzw. der neuen Förderperiode noch mal Gelder „locker gemacht“ wurden und dadurch noch 2 oder 3 Projekte nachgefördert werden konnten.

Abschließend informiert Herr Jansen, man könne sich jederzeit bei Nachfragen oder Antragstellungen an die Geschäftsstelle und Frau Möller wenden.

## **TOP 6**

### **Regionale Energiekonzepte als strategisches Instrument der Landes- und Regionalplanung Vortrag: Herr Seewald, Reg. Planungsstelle**

Herr Stefan Seewald, Mitarbeiter der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming und für die Umsetzung des Regionalen Energie- und Klimaschutzkonzeptes zuständig, stellt heute Teilergebnisse des Modellvorhabens der Raumordnung vor. (Die Präsentation ist dem Bürgerinformationssystem zu entnehmen.)

**Herr Jansen** dankt Herrn Seewald für die Ausführungen und betont, dass es wichtig ist, solche Untersuchungen und Fördermöglichkeiten zu kommunizieren.

**Herr Rex** begrüßt diese Untersuchungen und möchte wissen, wie sich das finanziell auf die Nutzer auswirkt?

**Herr Seewald** antwortet, dass es das Ziel ist, die Verantwortlichen vor Ort zum Überlegen anzuregen. Dahinter steckt noch keine Wirtschaftlichkeitsberechnung. Man wolle Ideen in Umlauf bringen und im Nachgang müssen sich die Orte einig sein, dann einen Ingenieur zu finanzieren, der die ganze Machbarkeit inklusive Wirtschaftlichkeit betrachtet.

An das Maßnahmekonzept sind auch Anforderungen gebunden, meint **Herr Wolny**. Brandenburg hat nicht nur Ideen aufgelegt, sondern auch entsprechende Handlungsvorstellungen für Kommunen aufbereitet, gemeinsam mit der IHK. Seine Frage ist, wie unterscheidet sich dieses Konzept zu dem für das gesamte Land Brandenburg bis 2030.

Mit der IHK besteht eine enge Zusammenarbeit, erklärt **Herr Seewald**. Die Kommunen werden dahingehend beraten, wie erneuerbare Energien gefördert sowie effiziente Nahwärmelösungen etabliert werden. Im engen Kontakt sei man mit der Energie- und Technologieninitiative des Landes Brandenburg (ETI). Mit diesen Kollegen werden diese Projekte vor Ort etabliert, so dass es keine Konkurrenz sondern Zusammenarbeit gibt. Hierbei handelt es sich nicht um ein Konzept, sondern um eine Untersuchung. Damit will man keine Konkurrenz schaffen. Es ist ein Anfang im Rahmen des Modellvorhabens. Mit TF wurde begonnen und versucht, Indikatoren zu entwickeln. Es hat sich gezeigt, dass hier viel mehr Potenzial steckt, und das soll auf die Landkreise Potsdam-Mittelmark und Havelland erweitert werden.

Ob sich die Nahwärmeversorgung lohnt, möchte **Herr Jurtzik** wissen.

**Herr Seewald** verweist darauf, dass versucht wurde, analog zu den bestehenden Förderrichtlinien die Untersuchung durchzuführen. Das heißt, es wurde ein fiktives Nahwärmenetz gelegt und dort summiert die einzelnen Jahresverbräuche von jedem einzelnen Hausbesitzer zugeordnet. Ermittelt wurde, wo die strukturellen Rahmenbedingungen gegeben sind, da sind z. B. die Gebäude so dicht beieinander und der Wärmeverbrauch so hoch, dass die Wirtschaftlichkeit sich dann einstellt ohne ins Detail zu gehen.

**Herr Niendorf** äußert Bedenken. Man könne alles untersuchen, aber im Großen und Ganzen muss man wissen, hat es überhaupt Sinn. Wir müssen schauen, was können wir wirklich bei uns im Landkreis machen. Bei der Nahwärme sieht er Probleme. Da brauche er Leute, die damit Geld verdienen wollen und Leute, die sagen ich spare Geld, weil ich billigere Energie bekomme. Und die finden sich im Bereich der genannten 8 Dörfer keinesfalls.

**Herr Jansen** verweist nochmals auf die Notwendigkeit der Kommunikation solcher Untersuchungen. Über sinnvolle Nutzung von Energie nachzudenken, sollte man sehr wohl. Man müsse versuchen, Kommunen und Menschen aufzuzeigen, wo es möglich ist und sich rechnet.

#### **TOP 8**

##### **Mitgliedschaft des Landkreises Teltow-Fläming in der Arbeitsgemeinschaft "Fahrradfreundliche Kommunen Brandenburg" (5-2347/15-IV)**

Mit dieser Thematik, erklärt **Herr Jansen**, hat sich der Ausschuss in der letzten Sitzung umfassend auseinandergesetzt. Als Vertreter des LKTF wurde der Beigeordnete und Leiter des Dezernats IV vorgeschlagen. Herr Jansen erkundigt sich, warum der Name des Beigeordneten nicht im Beschlussvorschlag genannt werde.

Er bittet Herrn Gärtner über die Beratung des projektbegleitenden Arbeitskreises am 30.03.2015 in Potsdam zu berichten.

**Herr Gärtner** legt dar, dass er gemeinsam mit Herrn Thiele an einer vorbereitenden Sitzung zur offiziell am 19. Mai 2015 in Potsdam stattfindenden Gründung im Rahmen des Nationalen Radverkehrskongresses teilgenommen hat. Anwesend waren Vertreter des Arbeitskreises sowie kommunale Wahlbeamte aus den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Oder-Spree und Potsdam.

Die AG „Fahrradfreundliche Kommunen“ Brandenburg, die es in ähnlicher Form auch in anderen Bundesländern gibt, dient dazu, die Interessen der Kommunen in Bezug auf den Radverkehr gegenüber dem Land zu vertreten. Positiv ist, dass die Gründung der AG „Radverkehr und Tourismus“ im Kreis am 26.03.2015 stattfand. So können dann die von den Kommunen vorgetragenen Belange in der AG „Fahrradfreundliche Kommunen“ Brandenburg (AGFK) dargelegt werden.

Herr Gärtner berichtet, dass am 30.03.2015 aus Zeitgründen die angekündigten Ausführungen zur Vorstellung eines Förderprogramms zur Modernisierung von touristischen Radwegen im Land Brandenburg durch Herrn Lüdke vom Wirtschaftsministerium nicht erfolgen konnten. Diesen Power-Point-Vortrag habe er jedoch digital von Herrn Lüdke für die Sitzung des Vorstandes des Fördervereins Fläming-Skate erhalten, mit dem Hinweis der Beachtung der Anfrage 207 der laufenden Legislaturperiode im Landtag. Darin geht es um eine Anfrage von 2 CDU-Landtagsabgeordneten an die Landesregierung zur Modernisierung von touristischen Radwegen, auch wenn noch keine konkrete Förderrichtlinie vorliegt.

**(Anfrage und Antwort der Landesregierung Anlage 3)** In der Antwort der Landesregierung ist dargelegt, dass es in der Förderrichtlinie um die Modernisierung derjenigen touristischen Radwege geht, an denen das Land Brandenburg aufgrund ihrer infrastrukturellen Bedeutung für den Tourismus ein strategisches Interesse hat. Der Bedarf für die hier aufgeführten 16 Radwege, die auch Bestandteil der Landestourismuskonzeption sind, wird mit 40 Mio € geschätzt. Gefördert wird hierbei die Modernisierung und nicht die Instandhaltung von Radwegen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW-I) durch das Ministerium für Wirtschaft und Energie.

**Herr Gärtner** legt ergänzend dar, dass er in der Beratung am 30.03.2015 darauf hingewiesen hat, dass sich der Landkreis in der Haushaltssicherung befindet und damit zu klären ist, wie sich der Landkreis beteiligen kann.

Der Ausschuss beschließt einstimmig (8 Ja-Stimmen).

#### **TOP 9**

##### **Beteiligung des Landkreises am EU-Projekt "EuroPeace" zur Entwicklung eines "Museums in der Natur" auf dem Gelände der ehemaligen Heeresversuchsstelle Kummersdorf (5-2351/15-III)**

Da es zu diesem TOP keinen Beschlussvorschlag gibt, bittet **Herr Jansen** Frau Dr. Mohr de Pérez um Erläuterung der Vorlage.

Bei diesem Projekt handelt es sich um ein EU-Projekt, was sich noch im Entwicklungsstadium befindet, erläutert **Frau Dr. Mohr de Pérez**. Da der erste Antrag bis zum 12. April 2015 einzureichen ist, drängt die Zeit sehr. Die Projektidee ist klar umrissen, aber es gibt folgendes Problem: EU-Projekte bestehen immer aus mehreren Partnern verschiedener Nationalitäten, weil der Schwerpunkt auf internationale Zusammenarbeit liegt. Partner sind in Slowenien, Kroatien und Italien gefunden worden, die polnischen Partner sind ausgeschieden. Die Projektpartner beschäftigen sich mit jeweils einem Militärdenkmal aus unterschiedlichen Zeitepochen und wollen diese museal und touristisch entwickeln. Frau Dr. Mohr de Pérez sieht die internationale Zusammenarbeit bei Militärdenkmalen als sehr wertvoll an. Es geht um eine gemeinsame internationale Auseinandersetzung mit Krieg, Kriegsgeschehen und Orten, die diese Kriege repräsentieren. Problematisch sind die in der Vorlage enthaltenen Beträge. Nach wie vor wird nach einem Lead-Partner gesucht. Peenemünde würde sich unter Umständen bereit erklären, die Führung zu übernehmen, hat sich aber bisher noch nicht endgültig entschieden. Das Problem ist, bis zum 12. April 2015 könne man sich nur als normaler Partner unverbindlich anmelden. Danach besteht aber noch immer die Möglichkeit, vom Projekt Abstand zu nehmen, wenn es nicht zur Entwicklungsreife gebracht oder nicht umsetzbar ist. Anders beim Lead-Partner, der muss sich bis zum April verbindlich äußern. Dies scheint eventuell der Grund zu sein, weshalb Peenemünde zögert.

**Herr Jansen:** Die genannten 50 T € Eigenleistung sind im Haushalt bereitzustellen, es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe. Vom Projektträger wird für das Projekt ein Eigenanteil erwartet. Deshalb ist eine Info-Vorlage nicht ausreichend, da die konkrete Finanzierung fehlt.

**Frau Dr. Mohr de Pérez** betont nochmals, der Antrag bis zum 12. April 2015 sei unverbindlich, denn als herkömmlicher Partner könne man wieder zurücktreten. Wichtig ist, Zeit bis zum Herbst zu gewinnen, um das Projekt auszureifen. Vorgespräche im MWFK (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur) ergaben, dass nicht ausgeschlossen wurde, den Eigenanteil von 50 T€ zu übernehmen. Dann hätten wir als Landkreis keine Kosten zu tragen, das ist aber noch nicht verbindlich. Eigenanteile wären auch mit unseren Personalkosten darzustellen. Die 50 T€ teilen sich über einen Zeitraum von 3 Jahren auf, und wären ca. 17T €/Jahr. So ein Denkmal wie Kummersdorf ist weltweit einzigartig und es gibt nichts Vergleichbares, erfordert aber auch im Hinblick auf die normale Verwaltungstätigkeit einen erheblichen Zeitaufwand.

**Herr Wolny** berichtet über ein Gespräch zwischen CDU-Fraktion und Verwaltung zu Informationsvorlagen. Diese nutzen nichts, wenn sie nicht eingelöst werden. Seiner Meinung nach fehlen dieser Vorlage wesentliche Dinge und fragt, warum die 50 T€ Eigenkapital nur vom LK zu tragen sind? Auch die Partner könnten entsprechende finanzielle Verpflichtungen übernehmen.

**Herr Jansen** äußert, hier entstehen auch Kosten für Mitarbeiter der Verwaltung, die mit diesem Projekt befasst sind. Seiner Meinung sollte eine grundsätzliche Entscheidung getroffen werden, ob man sich weiterhin an diesem Projekt beteiligt.

**Herr Jurtzik** erklärt, die Vorlage wurde deshalb so frühzeitig erarbeitet, um einer möglichen Kritik frühzeitig zu begegnen und auch, weil Frau Wehlan fordert, stets rechtzeitig zu informieren. Da noch nichts entschieden ist, könne er nicht erkennen, dass das negativ sein sollte. In der Verwaltungsleitung gibt es hierzu unterschiedliche Auffassungen. Einige Mitarbeiter der Verwaltung beschäftigen sich seit Jahren regelmäßig zum Thema



Heeresversuchsanstalt in einer AG. Richtig ist, dass eine Grundsatzentscheidung getroffen werden muss, wie sich der LKTF überhaupt zum Thema verhält. Für uns, die sich mit der Projektidee seit Jahren beschäftigen, ist es eine Möglichkeit, finanzielle Mittel zu akquirieren, und erste Schritte zur Entwicklung zu machen, die wir alle befördern wollen. Würde das gelingen, wäre das eine gute Sache.

Nach **Herrn Ertel** enthält die Info-Vorlage Lücken und er bittet um Aktualisierung dieser Vorlage bis zum Kreistag am 27.04.2015. Zu diesem Projekt habe man sich bereits in der letzten Legislaturperiode mehrfach positioniert und äußert, der Ausschuss möge die Beteiligung des Landkreises am EU-Projekt unterstützen. Aber es ist eine Lösung zu den Projektpartnern zu finden.

Wenn man sich bereits in der Vergangenheit in diesem Ausschuss zu diesem Thema auseinandergesetzt hat, gehört auch das in die Vorlage, äußert **Herr Jansen**.

**Herr Rex** erklärt, bei so einer bedeutsamen, denkmalschutzwürdigen Anlage ist es wichtig, mit allen, die Denkmalschutz bestimmt haben, nochmal zusammenzukommen und unter den derzeitigen Gegebenheiten auch die Finanzierung zu überdenken. Den Termin am 12.04.2015 hält er für verfrüht, um hier eine Entscheidung zu treffen und fordert, die Vorlage zu überarbeiten.

**Herr Jansen** ergänzt, auch die Stellungnahmen beider Kommunen sind mit aufzunehmen.

**Herr Gärtner** möchte wissen, wie sich der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport zur Vorlage positioniert hat. Zu 100 % positiv, antwortet **Herr Jurtzik**.

Nach **Herrn Niendorf** müsse man keinen Beschluss fassen, da der Antrag unverbindlich ist und jederzeit zurückgenommen werden kann.

**Herr Jurtzik** erklärt, die Vorlage informiert nur über erste Schritte und sei nicht zu überarbeiten. Wenn die Projektmitgliedschaft mit Kosten und mit Stellenanteilen verbunden ist, ist darüber natürlich ein Beschluss zu fassen. Steht kein Lead-Partner zur Verfügung, habe man überlegt, es selbst zu machen. Wäre aber nur machbar, unter der Voraussetzung, dass wir Partner sein können und die Frage der Darstellung unseres Eigenanteils noch geklärt werden kann. Momentan laufen noch Gespräche in jedweder Richtung. Peenemünde wäre ein günstiger Projektträger, weil sie von der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern unterstützt wird. Leider gibt es noch keine Antwort. Deshalb wird versucht, nach anderen finanziellen Lösungen zu suchen. Vollendete Tatsachen zu schaffen war nicht gewollt.

**Frau Mohr de Pérez** ergänzt, sie habe die Vorlage in dieser Form gemacht, wie die Verwaltungsleitung gefordert hat. Eine Überarbeitung der Vorlage bis zur nächsten Kreistags-Sitzung ist ihrer Meinung nicht möglich. Wenn Peenemünde die Lead-Partnerrolle nicht übernimmt, gibt es kein Projekt und es ist kein Antrag zu stellen. Im Projekt ist man erst nach der 2. Antragsrunde im Herbst. Das ist die entscheidende Runde und nur dann, wenn wir in der EU ausgewählt werden.

Da ein Beschlussvorschlag fehlt, nimmt **Herr Jansen** die Vorlage nur zur Kenntnis. Er formuliert den Beschlussvorschlag wie folgt: „**Der Förderantrag ist bis zum 12. April 2015 unter der Voraussetzung einzureichen, dass dieser Antrag jederzeit zurückgenommen werden kann, ohne dass dadurch finanzielle Verpflichtungen entstehen.**“

Der Beschlussergänzung wurde bei einer Enthaltung einstimmig zugestimmt. (7 Ja-Stimmen/1 Enthaltung)

## **TOP 10**

### **Flughafen BER - aktuelle Informationen**

**Frau Brettschneider** berichtet, dass die Umsetzung des Schallschutzprogramms langsam anläuft. Es sind erste Fälle bekannt, in denen Schallschutz tatsächlich umgesetzt worden ist und auch die Zahlung durch die FBB geklappt habe.

In den vergangenen Wochen gab es vermehrt Anfragen von Bürgern, die sich im Bereich der Südbahn wähten und zum 30.09.2014 keine Anspruchsermittlungen vorliegen hatten. Die FBB hatte eine Übersichtskarte "Teilvollzugsgebiete temporäre Nutzung Südbahn" herausgegeben. Diese Gebiete sind allerdings wesentlich kleiner als die Bereiche, in denen Anspruch auf Schallschutz besteht. So hat auch die Prüfung im BBZ in allen Fällen ergeben, dass sich die Betroffenen eben nicht im von der FBB ausgewiesenen Bereich der Teilvollzugsgebiete befinden würden. Ein Versäumnis der FBB, Unterlagen bis zum 30.09.2014 ausreichen zu müssen, liege hier also nicht vor, da diese Frist außerhalb der Teilvollzugsgebiete nicht besteht.

Gleicher Sachverhalt treffe auch auf Grundstücke zu, die Herr Wolny in einer Anfrage an Herrn Gärtner mitgeteilt hat.

**Frau Brettschneider** informierte weiter, dass sich Ende April die Arbeitsgruppe 2 im Dialogforum mit der sogenannten Matrix beschäftigen wird. In dieser sind mögliche Lösungen zu Problemen und Problemschwerpunkten aufgeführt.

**Frau Brettschneider** beantwortet die Nachfrage von Herrn Rex, dass die Karten zu den Teilvollzugsgebieten im Internet auf den Seiten der FBB eingesehen werden können. Die Bürger hätten in den Fällen, in denen Sie nicht im Teilvollzugsgebiet sind, auch keine diesbezügliche Information von der FBB erhalten.

**Herr Manthey** erkundigt sich nach dem Informationsblatt des BER und möchte wissen, ob es an die Haushalte in Blankenfelde-Mahlow verteilt wird oder nur über das Internet abgerufen werden kann. Da nicht jeder Internet hat, fragt er nach, ob eine Veröffentlichung im Gemeindeblatt erfolgen könne.

Die „BER aktuell“ liegt im Beratungszentrum aus, antwortet **Frau Brettschneider**.

Und **Herr Wolny** ergänzt, dieses Blatt wurde in allen Haushalten der Gemeinde verteilt, einschließlich der entsprechenden Karte. Allerdings sind die ISO-Schallschutzausbreitungslinien im Internet besser abzulesen.

## **TOP 11**

### **Verschiedenes**

Da unter diesem TOP keine Fragen oder Hinweise vorgetragen werden, bedankt sich Herr Jansen für die rege Teilnahme und beendet diese Sitzung um 19:26 Uhr.

Luckenwalde, den 21.04.2015

Jansen  
Vorsitzender

Remus  
Schriftführerin